

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

19. Jahrgang Berlin, den 16. Mai 1952 Nummer 20

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

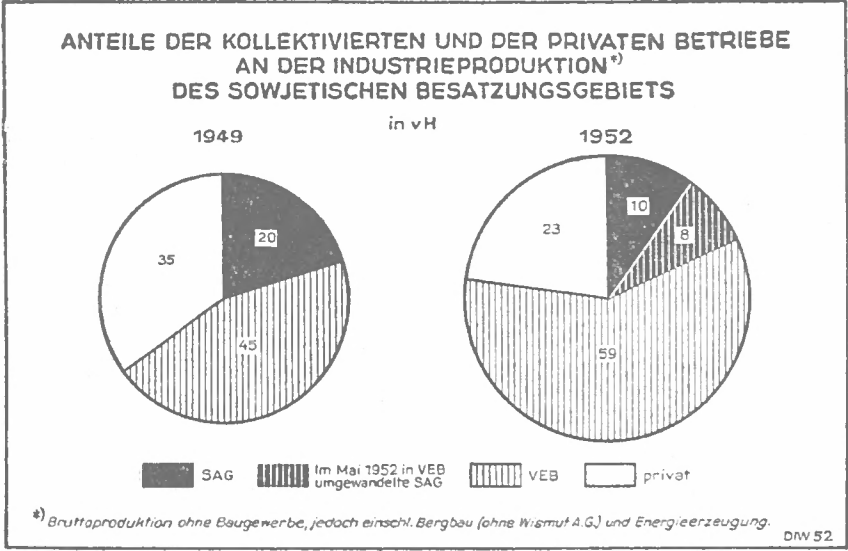
Der Anteil der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG)
an der mitteldeutschen Industrieproduktion

Rund zwei Drittel der bisherigen SAG-Betriebe sind durch einen Beschluß der Regierung der UdSSR der Sowjetzonenverwaltung zur Eingliederung in das sogenannte volkseigene Vermögen übergeben worden. Damit verbleiben — abgesehen vom Uranerzbergbau der Wismut A. G. — 10 vH der mitteldeutschen Industrieproduktion in unmittelbarem sowjetrussischem Besitz. Das ist eine Größenordnung von rund 3 Mrd. DM Jahresproduktion.

Im Sommer 1946 wurden durch den Befehl Nr.167 der Sowjetischen Militäradministration „Über den Übergang von Unternehmungen in Deutschland in das Eigentum der UdSSR auf Grund der Reparationsansprüche der UdSSR“ 200 Großbetriebe der Sowjetzone entschädigungslos in den Besitz der UdSSR übergeführt. Von diesen sind — im wesentlichen unter dem Gesichtspunkt einer nicht befriedigenden Rentabilität¹⁾ — im Februar/März 1947 74 Betriebe und

aktion beschlossen worden. 66 dieser Betriebe sollen im Laufe des Mai 1952 in sog. Volkseigentum übergeführt werden.

Ihrem Produktionsanteil nach machen die jetzt in VEB-Besitz übergeführten Betriebe rund 40 vH der bisherigen SAG-Produktion aus. Im Besitz der SAG verbleiben überwiegend Schlüsselbetriebe, die auch reparationswirtschaftlich besonders bedeutsam sind. Die durchschnittliche Jahresproduktion des einzelnen



im Juni 1950 weitere 23 Betriebe der deutschen Verwaltung der Sowjetzone zur Umwandlung in sog. Volkseigentum übergeben worden.

Nachdem vor zwei Jahren die letzte von diesen beiden Übertragungen noch einen Block von rund 100 SAG-Betrieben hatte bestehen lassen, ist nunmehr von der Regierung der Sowjetunion eine neue Übergabe-

¹⁾ Die unbefriedigende Rentabilitätslage ergab sich bei zahlreichen Betrieben aus dem Preisstop, der aus der Kriegswirtschaft im Interesse der Reparationspolitik aufrechterhalten wurde.

SAG-Betriebes erhöht sich hierdurch von bisher rund 50 Mill. DM auf etwa 90 Mill. DM.

Seit ihrer Gründung besaßen die Sowjetischen Aktiengesellschaften hohe Produktionsanteile im industriellen Bereich der Produktionsgüter mit allgemeinem Verwendungszweck und der Investitionsgüter, während sie bei den Verbrauchsgüterindustrien eine völlig unbedeutende Stellung einnahmen. Nunmehr werden auch bestimmte Zweige der Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrien aufgegeben: die Zell-

stoff- und Papierindustrie, die Feinmechanik und Optik sowie die Baustoffindustrie.

Aber auch innerhalb der dann noch verbleibenden Industriezweige läßt sich ein Herauslösen aus abgegrenzten Bereichen beobachten. So wird jetzt innerhalb des Bergbaus, wo die SAG bereits 1947 den unrentablen Kupfererzbergbau abgestoßen hatten, nunmehr der gesamte Kalibergbau, an dem die SAG zuletzt einen Produktionsanteil von 70 vH besaßen, in die Organisationsform des „Volkseigentums“ übergeführt. Innerhalb des Maschinenbaus (im weiteren Sinne) ist es nunmehr gerade der Fahrzeugbau, und zwar sowohl die Automobil- und Fahrradproduktion, der Waggonbau wie auch die Werftindustrie, aus denen sich die SAG herauslösen.

Anteile der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) und der übrigen Besitzformen im sowjetischen Besatzungsgebiet an der Zahl der Industriebetriebe, ihrer Beschäftigten und ihrer Produktion im Jahre 1949¹⁾ in vH

Industrie- zweige	Betriebe			Beschäftigte			Brutto- produktion		
	SAG	VEB	Priv.	SAG	VEB	Priv.	SAG	VEB	Priv.
Allg. Produktionsgüterind.									
Bergbau	7	61	32	28	68	4	36	61	3
Chemische Ind.	1	12	87	52	25	23	55	26	19
Zellstoff- und Papierind.	0	9	91	2	34	64	6	36	58
Energie	•	•	•	35	64	1	35	64	1
Investitions-güterindustrie									
Metallurgie	7	57	36	22	76	2	46	52	2
Maschinenbau	1	17	82	17	50	33	24	46	30
Elektroind.	1	20	79	29	50	21	41	40	19
Feinmechanik und Optik	1	13	86	25	49	26	26	47	27
Baustoffind.	0	14	86	8	46	46	15	47	38
Verbrauchs-güterindustrie									
Druckgewerbe	—	•	•	—	50	50	—	54	46
Holzindustrie	—	7	93	—	21	79	—	26	74
Textilindustrie	—	11	89	—	48	52	—	58	42
Leichtind. ²⁾	—	5	95	—	28	72	—	40	60
Nahrungs-u. Genussmittelind.	—	•	•	—	45	55	—	49	51
Industrie, insges.	0	12	88	14	44	42	20	45	35

¹⁾ VEB = „Volkseigene Betriebe.“ — ²⁾ Bekleidungs-, Leder- und Schuhindustrie.

Das bedeutet aber eine Konzentration auf die noch weiterhin von Sowjetischen Aktiengesellschaften betriebenen Produktionen. An der chemischen Industrie — unter Einschluß der Kraftstoffindustrie — werden die SAG nach der Durchführung der verfügbaren Umorganisation mit 39 vH der Produktion beteiligt sein. Von der Stromerzeugung wird sich noch ein Viertel in ihrer Hand befinden.

Von den bisher in Thüringen vorhandenen 24 SAG-Betrieben bleiben noch fünf in dieser Besitzform, und

Anteile der Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) an der Industrieproduktion des sowjetischen Besatzungsgebietes im Jahre 1952
Schätzungen in vH

Industriezweige	Produktionsanteile in vH ¹⁾ an der jeweiligen Gesamtproduktion des betreffenden Industriezweiges		
	Anfang 1952	Im Mai 1952 in VEB um- gewandelt	Produktions- anteil der verbleiben- den SAG
Allgemeine Produktionsgüterindustrien	41	14	27
Bergbau	32	24	8
Chemische Industrie	52	13	39
Zellstoff- und Papierindustrie	6	6	—
Energie	37	13	24
Investitionsgüterindustrien	25	13	12
Metallurgie	25	5	20
Maschinenbau	25	9	16
Elektroindustrie	30	21	9
Feinmechanik u. Optik	25	25	—
Baustoffindustrie	15	15	—
Verbrauchsgüterindustrien	—	—	—
Industrie insgesamt	18	8	10

¹⁾ Sämtlich errechnet über Bruttoproduktionswerte.

auch die wenigen SAG-Betriebe in Mecklenburg werden ausgegliedert. Hierdurch verstärkt sich das bisher schon bestehende Schwergewicht der in Sachsen-Anhalt gelegenen SAG-Betriebe. Zu ihnen gehören gerade die drei größten Betriebe der chemischen Industrie, die Leunawerke, das Bunawerk Schkopau und die Filmfabrik Agfa-Wolfen, die zusammen etwa 70 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigen.

Die Zurückdrängung der privaten Industrie hat in der Sowjetzone inzwischen den Grad erreicht, der im Volkswirtschaftsplan 1951 dekretiert worden war: „Der Anteil der Produktion der volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe¹⁾ an der gesamten Industrieproduktion wird am Ende des Jahres 1951 76,6 vH. betragen“. Für die Privatindustrie läßt dies einen Produktionsanteil von nur noch 23,4 vH. Nach der Umbildung der zurückgegebenen SAG-Betriebe zu VEB-Betrieben macht nunmehr der „volkseigene“ Sektor genau zwei Drittel der sowjetzonalen Industrie-
produktion aus, der Anteil der SAG noch 10 vH.

¹⁾ Mit dem „gleichgestellten Betrieben“ sind die SAG-Betriebe gemeint. Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1951, das erste Jahr des Fünfjahresplanes der DDR. Vom 14. März 1951, GBl. der DDR 1951, S. 187.

Widerstandsfähige Investition — aber verlangsamte Wachstumsrate

Konjunkturdiagnose des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
Mitte Mai 1952¹⁾

In den vergangenen Wochen hat die konjunkturelle Lage der westlichen Welt bescheidene Ansätze zu einer Erholung gezeigt. Zwar haben die Stagnation des privaten Verbrauchs und die Schwächeneigung der internationalen Rohstoffmärkte angehalten, die Zahlungsbilanzschwierigkeiten Großbritanniens und Frank-

reichs sind nur gemildert, jedoch keineswegs behoben; trotzdem haben sich diese depressiven Kräfte gegenüber den Aufschwungstendenzen bisher nicht durchgesetzt.

¹⁾ Der Erstabdruck dieses Berichtes erfolgte im „Tagesspiegel“ vom 15. Mai 1952.

Die Investitionstätigkeit ist in den letzten Wochen wiederum die entscheidende Stütze einer zwar verlangsamen, aber doch sichtbaren Aufwärtsbewegung gewesen. Neben der anhaltend hohen Beschäftigung in der Rüstungswirtschaft hat sich vor allem die starke jahreszeitliche Belebung der Bauwirtschaft günstig ausgewirkt. Die Stagnation bzw. der Rückgang der Verbrauchsgütererzeugung wurden hierdurch zumindest ausgeglichen. Das vielfach befürchtete Übergreifen der Teilkrisen der Verbrauchsgüterindustrie auf die gesamte Erzeugung trat daher nicht ein. Das Sozialprodukt in den konjunkturell führenden Ländern, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland, ist weiter, wenn auch gegenüber dem Tempo im Vorjahr verlangsamt, gewachsen.

Vereinigte Staaten von Amerika

In den Vereinigten Staaten erreichte das Brutto-sozialprodukt im ersten Vierteljahr 1952 mit einer Jahresrate von rund 338 Mrd. Dollar gegenüber 335 Mrd. Dollar im vierten Vierteljahr 1951 einen neuen Höchststand. Die langfristige Entwicklung der Investitionstätigkeit wird günstig beurteilt und eine Verlangsamung frühestens Ende 1952 erwartet. Die wichtigste Stütze dieser Investitionen bilden die auf 16 bis 17 Mrd. Dollar geschätzten Investitionsvorhaben der Rüstungsindustrie und der ihr nahestehenden Industriezweige, die durch erleichterte Abschreibungsbedingungen gefördert werden; von ihnen ist etwa die Hälfte noch durchzuführen. Auch die Bautätigkeit hat sich in den Vereinigten Staaten außerordentlich günstig entwickelt. Ebenso wird die steigende Rüstungserzeugung in den kommenden Wochen und Monaten ihren Ausdruck in erhöhten Auslieferungen finden. Vom öffentlichen Haushalt werden im Gegensatz zum ersten Viertel dieses Jahres in der nächsten Zeit wieder leicht expansive Wirkungen ausgehen. Im gesamten Haushaltsjahr 1951/52 wird mit einem Defizit in Höhe von 5 Mrd. Dollar gerechnet, nachdem das Defizit, das Ende 1951 rund 7,5 Mrd. Dollar auf Jahresbasis erreicht hatte, auf zur Zeit rund 3,6 Mrd. Dollar (Jahresbasis) gesenkt worden war. Als weiterer anregender Faktor werden die nicht zu umgehenden Lohnsteigerungen in der amerikanischen Stahlindustrie wirken, die Lohnsteigerungen in weiteren Industriezweigen nach sich ziehen und dem gesamten Preisniveau einen erneuten Auftrieb geben können. Diesen expansiven Faktoren, die das schon bisher stetig zunehmende Gesamteinkommen der Vereinigten Staaten weiterhin steigern werden, steht als wichtigste Hemmung der nach wie vor zurückhaltende private Verbrauch gegenüber. Der „Käufermarkt“ ist heute in den Vereinigten Staaten zur unbestrittenen Tatsache geworden. Trotz des gestiegenen verfügbaren Einkommens der Verbraucher lagen die Einzelhandelsumsätze in der Zeit von Januar bis April 1952 um 6 vH unter dem Vorjahrsstand. Die Sparrate mit etwa 8 vH des verfügbaren Einkommens ist unverändert hoch.

Bei Abwägung der vorgenannten expansiven und kontrahierenden Einflüsse ist kaum damit zu rechnen, daß in naher Zukunft von der amerikanischen Binnenwirtschaft neue stärkere Auftriebskräfte auf die Weltwirtschaft ausgehen werden. Für eine Zunahme der Einfuhr der Vereinigten Staaten liegen zur Zeit keinerlei Anzeichen vor. Bei den beträchtlichen Reserven der Regierungslager an strategisch wichtigen Rohstoffen und der praktischen Beseitigung fast aller Materialengpässe ist in nächster Zukunft ein steigender Einfuhrbedarf der amerikanischen Wirtschaft unwahrscheinlich. Eher kann die amerikanische Ausfuhr durch das Wirksamwerden der Einfuhrbeschränkungen in Westeuropa und in der übrigen Welt stärkere Hemmungen als bisher erfahren. Der Aktivsaldo der amerikanischen Handelsbilanz dürfte auf diese Weise zwar nicht in der erwünschten Form der Einfuhr-

zunahme, sondern in der des Ausfuhrrückganges eingeschränkt werden. Die hierin zum Ausdruck kommende und für die westliche Wirtschaft überaus nachteilige Schrumpfung des Beitrages der Vereinigten Staaten am Welthandel wäre deshalb besonders gefährlich, weil sie in Verbindung mit der abnehmenden Hilfe der Vereinigten Staaten das ohnehin bestehende Problem der Dollarknappheit weiter verschärfen würde.

Westeuropa

Die konjunkturelle Lage Westeuropas ist durch das allem Anschein nach erfolgreiche Bemühen Großbritanniens und Frankreichs gekennzeichnet, ihre Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu beseitigen. In beiden Ländern sind die Defizite der Zahlungsbilanzen verringert worden und in beiden Ländern hat die Gesamterzeugung steigende Tendenz, obwohl sich aus der Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichtes Spannungen ergeben. Das Schergewicht der Erzeugungszunahme liegt hierbei auf der Erweiterung der Grundstoffproduktion, vor allem Kohle und Eisen, während die Verbrauchsgütererzeugung nach wie vor stagniert oder, wie in Großbritannien, sogar rückläufig ist.

Westdeutschland

In Westdeutschland werden die konjunkturellen Kräfte zur Zeit in noch höherem Maße als in den vorgenannten Ländern durch die ausgeprägte Festigkeit der Investitionstätigkeit gegenüber den bremsenden Einflüssen eines nur langsam zunehmenden Verbrauchs bestimmt. Während die Verbrauchsgütererzeugung in Westdeutschland entgegen der jahreszeitlichen Tendenz nicht unerheblich zurückging, stieg die industrielle Gesamterzeugung weiter an. Hieran ist mindestens zur Hälfte der starke, saisonbedingte Aufschwung der Bauwirtschaft beteiligt.

Die rege Investitionsgütererzeugung hat den Rückgang der Verbrauchsgüterindustrien mehr als ausgeglichen, was den hohen Investitionsbedarf der westdeutschen Wirtschaft und damit die Widerstandskraft der westdeutschen Wirtschaft als Ganzes unterstreicht. Andererseits verdeutlicht jedoch die nur noch geringe Steigerung der Gesamterzeugung, daß das Tempo des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs sich erheblich verlangsamt hat. Die Gründe hierfür liegen bei der gegenwärtigen Einkommensverteilung, zum Teil in der Sättigung des dringlichsten Nachholbedarfs, wie dies vor allem die Absatzsorgen der Verbrauchsgüterindustrien andeuten. Wichtiger aber noch ist für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage der Engpaß des Außenhandels, da mit den rückläufigen Außenhandelsüberschüssen die Versorgung mit lebensnotwendigen Einfuhrgütern beeinträchtigt wird. Das an sich langfristige Problem einer verlangsamen Wachstumsrate gewinnt durch diesen, vor allem durch die Dollarknappheit bestimmten Außenhandelsengpaß auch für die kurzfristige Konjunkturdiagnose Bedeutung. Die beträchtliche Verschlechterung der westdeutschen Zahlungsposition gegenüber dem Dollarraum, die im ersten Viertel dieses Jahres eingetreten ist, konnte nur durch unfreiwillige Anpassung der Einfuhr an den engen Dollarspielraum gemildert werden. Die Versorgung mit lebenswichtigen Dollargütern entspricht zur Zeit und erst recht bei einer an sich erwünschten Steigerung des Wirtschaftsniveaus nicht dem Bedarf. Die Dollarknappheit ist somit bereits zu einer entscheidenden Ursache für die unerwünschte Verlangsamung des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs geworden. Eine Verlagerung der Einfuhr aus dem Dollarraum in Nicht-Dollarländer wäre jedoch nicht nur kosten- und preismäßig, sondern auch mit Rücksicht auf die sich dann wiederum ergebenden Passivierungstendenzen der westdeutschen Zahlungsbilanz gegenüber den Nicht-Dollarländern nur sehr begrenzt möglich.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Frühjahr 1952

Wie stark die jahreszeitliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit von der Witterung abhängt, zeigt der Verlauf in den letzten Monaten. Es besteht eine große Ähnlichkeit zwischen dem Ablauf der diesjährigen winterlichen Arbeitslosigkeit und der vor zwei Jahren. Wie damals wurde das jahreszeitliche Maximum Mitte Februar erreicht, während 1951 die Arbeitslosigkeit ungewöhnlich früh, nämlich bereits in der zweiten Januarhälfte, zurückging. Der Höchststand dieses Winters war mit 1 894 000 Arbeitslosen um über 124 000 niedriger als Mitte Februar 1950 und lag um 17 000 unter dem Maximum von Mitte Januar 1951. Er war jedoch diesmal von längerer Dauer als in den beiden vorangegangenen Jahren; Ende Februar wurden noch immer 1 893 000 Arbeitslose gezählt.

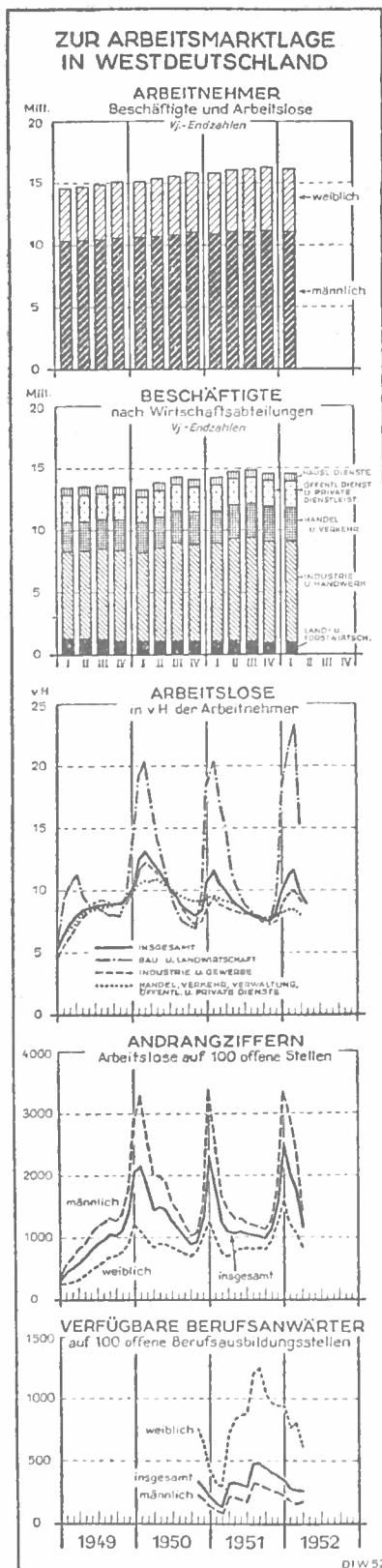
Die jahreszeitliche Entlastung setzte also 1½ Monate später ein als im vorigen Frühjahr, jedoch mit solcher Intensität, daß die witterungsbedingte Verzögerung schon in wenigen Wochen aufgeholt werden konnte und die Zahl der Arbeitslosen Ende April bereits um 4 500 unter der des Vorjahres lag. Den größten Anteil an dieser Entlastung hatten naturgemäß die Bauwirtschaft und die Land- und Forstwirtschaft. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in den Berufen dieser Wirtschaftsbereiche machte im März mit 227 000 mehr als 70 % des Gesamtrückganges aus. Stärkere Abnahmen der Arbeitslosenzahlen hatten daneben vor allem die von der Frühjahrsbelebung der Bau- tätigkeit mit erfaßten Berufe der Metallindustrie und der Holzverarbeitenden Industrie, ferner — ebenfalls aus jahreszeitlichen Gründen — die Berufe der Textil- und Bekleidungsindustrie und die Verkehrsberufe.

Aus den Beschäftigtenstatistiken des ersten Vierteljahres 1952 ist eine leichte Abnahme der Zahl der Arbeitnehmer festzustellen. Auch Ende März 1951 waren rd. 40 000 unselbständige Erwerbspersonen weniger registriert als Ende Dezember 1950. Damals handelte es sich jedoch um einen zum Teil unechten, d. h. lediglich statistischen Rückgang infolge von Doppelzählungen bei der Erfassung der Beschäftigten und der Arbeitslosen am Jahresende, ein Nachteil, der durch bessere Anpassung der Erfassungstermine im letzten Jahr vermieden wurde. Umso deutlicher zeigt die neuerliche Abnahme um rd. 74 000 Arbeitskräfte (im ersten Quartal 1952), daß sich der bereits im vergangenen Jahr abgeschwächte Zustrom neuer Arbeitskräfte weiter verringert hat und die natürlichen Abgänge durch Tod, Alter oder Invalidität sowie die neuerdings stärker ins Gewicht fallenden Verluste durch Auswanderung in den ersten Monaten dieses Jahres nicht mehr auszugleichen vermochte.

Allerdings ist die Entwicklung regional sehr unterschiedlich. Die Zu- oder Abgänge an unselbständigen Erwerbspersonen betrugen in den einzelnen Bundesländern im ersten Vierteljahr 1952 (nach vorläufigen Ergebnissen):

Zugänge	Abgänge
Württemberg-Baden 7 390	Bayern 40 244
Nordrhein-Westfalen 5 975	Niedersachsen 23 193
Hessen 4 113	Schleswig-Holstein 15 798
Württemberg-Hohenzollern 1 358	Rheinland-Pfalz 7 363
Bremen 44	Hamburg 5 311
	Baden 679
zusammen 18 880	zusammen 92 588

An der Abnahme des Arbeitskräftepotentials waren demnach mit weit überwiegenden Anteilen die Flüchtlings-Abgabeländer Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein beteiligt, deren Erwerbspersonenzahl sich zusammen um über 79 000 verringerte. In diesen Vorgängen ist in erster Linie eine Auswirkung der Umsiedlung zu sehen. Im Rahmen der freiwilligen Umsiedlung wandern gerade die jüngeren und beweglicheren Arbeitskräfte aus den Hauptflüchtlingsländern in die Gebiete mit günstigeren Beschäftigungsmöglichkeiten ab, so daß die für das gesamte Bundesgebiet gemachte Feststellung, daß die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Arbeitskräfte nicht mehr voll durch die Zugänge von Jugendlichen oder bisher nicht Erwerbstätigen ersetzt werden, für die Flüchtlings-Abgabeländer in verstärktem Maße gilt. Trotzdem liegt die Zahl der jugendlichen Berufsanwärter, die noch keine Ausbildungsstelle erhalten konnten, nach wie vor in den Flüchtlingsländern Schleswig-Holstein und Bayern weit über dem Durchschnitt des Bundesgebiets.



Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin — Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin (Ost).